

Waltherstr. 16a, 80337 München

Gesundheitsladen Rundbrief

Nummer 1/2012
33. Jahrgang

Berichte · Dokumentationen · Veranstaltungshinweise



**GESUNDHEITSLADEN
MÜNCHEN e.V.
INFORMATIONS- UND
KOMMUNIKATIONS-
ZENTRUM**

WALTHERSTR. 16 A
80337 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 77 25 65
FAX 089 / 725 04 74

www.gesundheitsladen-muenchen.de / gl-m.de
E-Mail: mail@gl-m.de

Infothek
Tel: 089 / 77 25 65
Mo - Fr 10 - 13 Uhr
Mo, Do 17 - 19 Uhr

**PatientInnenstelle
München**
Tel: 089 / 77 25 65
Mo 17 - 20 Uhr
Mi, Do und Fr 10 - 13 Uhr

**UPD Beratungsstelle
München für Oberbayern**
Tel: 089 / 18 91 37 22
Mo 9 - 13, Di 14 - 18,
Mi 15 - 19, Do 10 - 14 Uhr

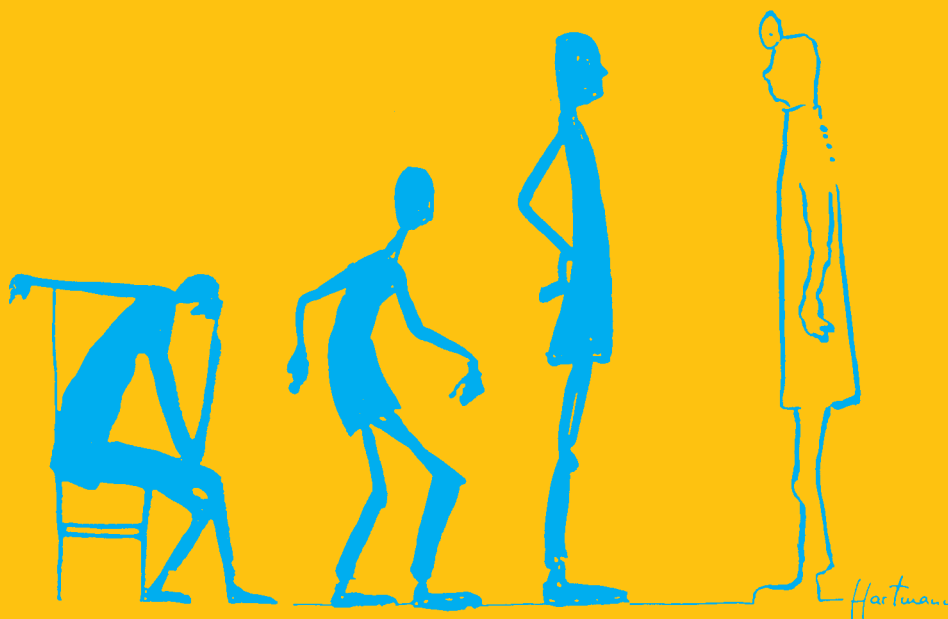
Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 700 205 00
Kontonummer 88 87 800

INHALT :

- Der Verein **2**
- Stellenanzeige UPD **3**
- GL-intern, Termine **4, 5**
- Rezensionen **6, 7**
- Netzwerk Psychiatrie **8**
- BAGP-Rundbrief **9-11**
- UPD-Seiten **12**
- Psyche und Arbeitswelt **13**
- Presserklärung **14**
- Umwelt und Gesundheit **15, 16**

Endlich!
!Patienten-Rechte-Gesetz kommt!
!Bürger-Gesetz kommt!

oder, Herr Doktor?



Aber wie!?



Impressum

Redaktionsschluß

Rundbrief 2/2012
28.5.2012

Verantwortlich für Inhalt und Layout:

Petrit Beqiri, Sarah Kurzak, Peter Friemelt, Martina Gandlgruber, Jürgen Kretschmer, Christina Krieger, Waltraud Kröner, Gunhild Preuß-Bayer, Adelheid Schulte-Bocholt, Carola Sraier.

Namentlich gekennzeichnete Artikel liegen in der Verantwortung des/der jeweiligen AutorIn, sie geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Belichtung & Druck:

ulenspiegel druck gmbh, Andechs, zertifiziertes Umweltmanagement nach EMAS, Recyclingpapier

Impressum:

Der Rundbrief ist das Organ des Gesundheitsladen München e.V.

Mit freundlicher Unterstützung der



Landeshauptstadt München
Referat für Gesundheit und Umwelt

und des §65b SGB V



Materialien

- **Rundbrief** ☐
4 mal im Jahr mit Beiträgen aus der Vereinsarbeit und aktuellen Gesundheitsthemen.
Jahresabo incl. Porto 8,- €
- **Broschüren**
3,-€ (+ Porto + Verpackung 1,- €)
- **Patientenrechte/Ärztepflichten, Neuauflage 2009** ☐
3,50 € (+ Porto + Verpackung 1,-€)
- **Informationen rund um die Versorgung mit Zahnersatz** ☐
0,50 € (+ Porto + Verpackung 1,- €)
- **Zahnersatz 2005: Befundorientierte Festzuschussregelung** ☐
- **Tipps für die Anwaltssuche im Medizinrecht** ☐
- **Einsichtsrecht in Patientenunterlagen** ☐
- **Die ärztliche Aufklärung** ☐
- **Gesetzlich versichert - privat bezahlen?** ☐
- **Gesundheitsreform 2007** ☐
- **Konflikte mit der GKV** ☐
- **Gesundheitsfonds 2009** ☐
- **Arbeitsunfähig - was tun?** ☐
- **Gesundheitsreform 2011 - Was ändert sich?** ☐
- **Satzung** ☐
- Bei Bestellungen unter 3,- € bitte Betrag in Briefmarken beilegen!

Alle genannten Materialien sind für Mitglieder kostenlos.

Angebote

Information

Gesammelt und weitergegeben werden Informationen über Einrichtungen, Selbsthilfegruppen, Veranstaltungen, Bücher und Zeitschriften. Es gibt eine Bibliothek, einen PC für Recherche und das Archiv.

Kooperation

Wir arbeiten mit anderen Initiativen und Facheinrichtungen kommunal, regional und bundesweit zusammen. Besonders intensiv begleiten wir die Arbeit der Patientenforscher/innen in den städtischen Kliniken.

Arbeitskreise

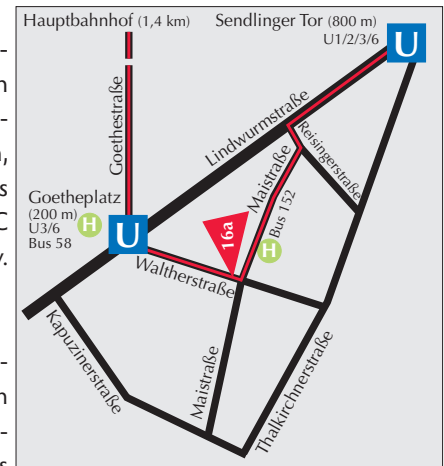
Wir beschäftigen uns unter anderem mit folgenden Themen:
AK Lärm, Hören und Schutz der Ruhe, Selbsthilfegruppe Recherchen am Computer, autofreies Wohnen, Die Arbeitskreise sind für alle offen.

Webseite

Auf dieser finden Sie aktuelle Presseerklärungen und Terminhinweise, den Rundbrief u.a. in digitaler Form und links zu anderen Einrichtungen.

Der Gesundheitsladen

Wegweiser



Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Vorträge, Seminare, Infostände, Herausgabe unserer Zeitschrift, weitere Texte und Ausstellungen.

Patientenberatung

Die Patientenstelle München und die unabhängige Patientenberatung München für Oberbayern bieten unabhängige Beratung, Information und Orientierung.

Gesundheitsförderung

Im Stadtteil Isarvorstadt und stadtweit machen wir Angebote zur Verbesserung der Lebenssituation. Wir organisieren Veranstaltungen zum »Tag gegen Lärm« und arbeiten bei »Wohnen ohne Auto« mit.

Telefonsprechstunde Beschwerdestelle Netzwerk Psychiatrie:

Jeden 1. + 3. Montag im Monat, 16-18 h unter Tel.: 7677 6485.
Zu den übrigen Zeiten ist ein Anrufbeantworter geschaltet.
Es erfolgt Rückruf.

Beitritt

Name:

Adresse:

Monatsbeiträge: Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

3,- € für Nichtverdienende, 5,50 € für mittlere, 10,50 €, wenn möglich 21,- € für höhere Einkommen.

Ja, ich werde Mitglied und zahle folgenden Monatsbeitrag:

Das Geld kann vierteljährlich abgebucht werden:

BLZ:

Kontonummer:

Bank:

Unterschrift:

Datum:

Stellenausschreibung



Unabhängige
Patientenberatung
Deutschland | UPD

Stellenausschreibung RBS München für Oberbayern

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland | UPD gGmbH ist ein deutschlandweiter Verbund von 21 Beratungsstellen und bietet gemäß § 65b SGB V qualitätsgesicherte Information und Beratung zu gesundheitlichen und gesundheitsrechtlichen Fragestellungen von Patientinnen und Ratsuchenden an. Die UPD verbindet hohe fachliche Kompetenz mit professionellem beratenden Handeln.

Weitere Informationen zur UPD finden Sie unter www.upd-online.de.
Weitere Informationen zum Träger finden Sie unter www.gl-m.de

Der Träger, Gesundheitsladen München e.V. sucht ab 2. Mai für die Beratungsstelle München für Oberbayern eine/n

Ärztin / Arzt

Es handelt sich um eine auf ein Jahr befristete Stelle (20 bis 30 Wochenstunden) im Rahmen einer Vertretung.

Wir bieten Ihnen

- eine anspruchsvolle Tätigkeit in einem interdisziplinären Team
- die Möglichkeit Ihr fachliches Wissen und Ihre Beratungskompetenz für PatientInnen zur Verfügung zu stellen
- die rechtlichen Rahmenbedingungen des Systems der gesundheitlichen Versorgung kennen zu lernen und in Ihre Arbeit einzubeziehen
- die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen
- einen bundesweiten Beratungsverbund
- die Mitgestaltung der Qualitätsentwicklung in der UPD
- Flexible Arbeitszeitgestaltung (vier Tage Woche)
- Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den TV-L Stufe 11

Wir erwarten von Ihnen

- Patientenorientierung und Teamfähigkeit
- Beratungs- und Vortragserfahrung sowie gesundheitspolitisches Interesse
- Kenntnisse im Sozialrecht
- Interesse und Bereitschaft zum Erlernen der Methoden und Arbeitsschritte evidenzbasierter Medizin und gesundheitsrechtlicher Zusammenhänge,
- Interesse an Öffentlichkeitsarbeit in Form von Pressearbeit und Vorträgen
- Interesse an einem solidarischen, demokratischen Gesundheitswesen
- Gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- sicherer Umgang mit den gängigen EDV-Anwendungen

Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen unter Angaben des möglichen Eintrittstermins bis zum 15.04.2012 per Post an Gesundheitsladen München e.V. Waltherstraße 16a, 80337 München oder per E-Mail an muenchen-oberbayern@upd-online.de Rückfragen an Peter Friemelt oder Carola Sraier unter 089 76 75 55 22



Unabhängige
Patientenberatung
Deutschland | UPD
Beratungsstelle
München für
Oberbayern

Unsere Öffnungszeiten

Mo 09.00 - 13.00 Uhr
Di 14.00 - 18.00 Uhr
Mi 15.00 - 19.00 Uhr
Do 10.00 - 14.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

TERMINE 2011 / 2012

Außenberatung in Rosenheim

16.04.2012
14.05.2012
11.06.2012

jeweils 14-17 Uhr Beratung,
Klepperpark 18, Rosenheim

Vorträge in der Region

„Auswirkungen der Gesundheitsreform 2012“

18.04.2012, 19.00 Uhr,
VHS Olching

„Zahnvortrag“

24.04.2012, 19.00 Uhr,
VHS Gilching

„IGeL“

25.04.2012, 19.00 Uhr,
VHS Aschheim

„Gesunde Kommunikation im Internet“

03.05.2012, 19.00 Uhr,
VHS Vaterstetten

Liebe FreundInnen und Freunde,

Nach dem zum Schluss doch sehr kalten Winter tun wärmere Temperaturen und die Sonnenstrahlen mehr als gut. Wir wünschen Ihnen/Euch auf diesem Wege somit einen schönen Frühlingsbeginn.

Patientenrechte-Gesetz



Entwicklung und Ausgestaltung eines Patientenrechte-Gesetzes bestimmten im letzten Halbjahr sehr raumgreifend Gespräche, Diskussionen und Medienkontakte. Da wurde um Positionen gerungen und Stellungnahmen formuliert. Auf Seite ??? sind die ersten beiden Seiten der umfangreichen BAGP-Stellungnahme zum Referenten-Entwurf Patientenrechte-Gesetz abgedruckt. Der vollständige Text findet sich auf unserer Homepage (www.gl-m.de).

Wenn alles wie geplant läuft, soll das Gesetz nun doch tatsächlich am 1.1.2013 in Kraft treten.

Die Kämpferinnen und Kämpfer der BAGP, engagieren sich seit gut 20 Jahren mit langem Atem für ein Patientenrechte-Gesetz. Ob sie, bzw. die Patientinnen und Patienten siegreich durch die „Zielgerade“ gehen, wird sich noch erweisen müssen.

Interne Veranstaltung



Vorstand und Team hatten Anfang Februar zu einer internen Diskussion des Referenten-Entwurfs zum Patientenrechte-Gesetz eingeladen. Wolfgang Putz (Bild), altes Mitglied und Fachanwalt für Medizinrecht mit großem Erfahrungsschatz, stellte sich unseren Fragen. Es war ein interessanter und aufschlussreicher Abend.

Personalia

- Baby Boom in der RBS.

Lena Tillich unsere Empfangskraft der RBS ist seit dem 26.3. im Mutterschutz. Ihr folgt zeitlich unsere Kollegin Carola Sraier, die ab dem 14.5. in Mutterschutz sein wird (Wir haben die Bestätigung, die Schwangerschaften seien nicht abgesprochen). Wir wünschen unseren Kolleginnen auf diesem Wege alles Gute und viele tolle Erfahrungen mit dem Nachwuchs.



Neue Empfangskraft stellt sich vor

Mein Name ist Karin Wieland. Im März habe ich den Empfang der regionalen Beratungsstelle Oberbayern für Lena Tillich (ehem. Goth) übernommen.



Seit vielen Jahren kenne und schätze ich die Arbeit des Gesundheitsladens und freue mich daher das Beratungsteam zu unterstützen. Als BWL'lerin habe ich viele Arbeitsbereiche kennengelernt und bin gespannt auf die Kontakte und Aufgaben in der Patientenberatung.

Tag gegen Lärm

Dieses Jahr steht die Verabschiedung des Lärmaktionsplans an. Umstritten ist die Prüfung (!) von Tempo-30 auf einigen Strecken.



Wenn Sie selbst Auto fahren, beachten Sie bitte das eben aus Lärmschutzgründen beschlossene Tempolimit auf der Offenbach-/ Meyerbeerstraße. Ein gesundheitsförderlicher Verkehr ist eine spannende zukünftige Aufgabe.

ExpertInnen-Pool

Seit einiger Zeit beschäftigt uns hier im GL das Thema „ExpertInnen-Pool“. Ein kleiner Kreis von Fachleuten, z.B.



MedizinerInnen, Zahnärzten, Krankenschwestern, ergänzt schon lange unsere tägliche Beratungsarbeit. Wann immer sich ein spezifischer Informationsbedarf ergibt, können wir BeraterInnen auf dieses Fachwissen zugreifen. Dies ist eine so wertvolle Möglichkeit, dass wir den Personenkreis erweitern möchten.

Die Resonanz auf unsere breit gestreute Anfrage war erfreulich groß. Mehr als zwanzig Fachleute erklärten ihre Bereitschaft, die Beraterinnen und Berater im Gesundheitsladen mit ihrem Wissen zu unterstützen. Ziel ist die Hintergrundberatung der BeraterInnen. Die Expertinnen und Experten werden nicht für Anfragende zur Verfügung stehen und keine Zweitmeinungen oder Diagnosen erstellen.

Ein herzliches Dankeschön an die „Bereitschafts-Truppe“.

Anfang Mai werden alle Beteiligten sich ein erstes Mal zum Austausch und Kennenlernen treffen.

Vortragsreihe: Armut im Alter

Mitte Februar verschickten wir an die Münchner Alten- und Service-Zentren Informations-Material zu unserem Vortrag „Gesundheit, Kassen und Geld - Recht und Möglichkeiten für Seniorinnen und Senioren mit geringen finanziellen Mitteln“. In kürzester Zeit wurde dieser vielfach angefragt. Die Vorträge werden wir auch über unsere web-site ankündigen.

Mit dem Thema Armut und Alter wurden und werden wir immer häufiger



in der Patientenberatung konfrontiert. Mit dem Angebot treffen wir offensichtlich den Nerv der Zeit und legen hier einen Vortragsschwerpunkt, ab dem 2. Quartal 2012.

Kooperationstreffen mit der Malteser Migrantenmedizin

Am 28.02.12 haben wir zum gegenseitigen Austausch die Räume der Malteser Migrantenmedizin (MMM) besucht und dabei viele Informationen über die Arbeit vor Ort bekommen. Die MMM bietet Hilfe für Menschen ohne Krankenversicherung und die Möglichkeit der Erstuntersuchung und Notfallversorgung. Darüber hinaus gibt es eine kinderärztliche und eine zahnärztliche Sprechstunde. Flyer sind im GL erhältlich. Ein weiterer Austausch zwischen GL und MMM ist geplant.



Mitgliederversammlung 16.4.12, 20 Uhr



Die Mitgliederversammlung findet statt **am Montag den 16.4.2012 ab 20 Uhr** im Gesundheitsladen, Waltherstr. 16 a.

Auch wenn die Einladungen an unsere Mitglieder bereits lange verschickt sind, hier zur Erinnerung noch einmal die

Tagesordnung:

1. Bericht aus den Arbeitsfeldern
2. Bericht des Vorstands
3. Bericht der Finanzen
4. Bericht des Kassenprüfers
5. Vorstandswahl
6. Ehrung besonders aktiver langjähriger Mitglieder
7. Neues aus dem Verein: ExpertInnenpool, Kooperationen u.a.
8. Sonstiges

Wir freuen uns Sie/Euch dort zu treffen!

Herzliche Frühlingsgrüße von Team und Vorstand

Zeit	Thema	Veranstalter	Ort	Info/Anmeldung
17.04.2012 18 Uhr	Informationsabend und Podiumsdiskussion zum Lärmaktionsplan der Stadt München	Münchner Forum und Gesundheitsladen München	Rathaus, Marienplatz, kleiner Sitzungssaal	089-18913720
18.04.2012 14 Uhr	Diskussionsveranstaltung: Wir sagen Nein! Arztpraxen sind keine Außenstellen der Krankenkassen	Bündnis „Stoppt die e-card“	Katholische Akademie in Berlin, Tagungshotel Aquino, Hannoversche Str. 5b, Berlin Mitte	040 7353035
21.04.12 19 Uhr	Benefiz-Sambafestival: Bragadá	Netzwerk Psychiatrie e.V.	Feierwerk, Hansastr. 39, München	www.bragada-m.de
23.04.12 15 Uhr	Besser leise lernen - Wenn Akustik Schule macht	BLLV Arbeitskreis Lärm, BLLV-Akademie und Gesundheitsladen München		089-18913720
25.04.12	Internationaler Noise Awareness Day	Veranstaltungen zu Hören und Schutz der Ruhe rund um diesen Termin	Programme u.a. im GL und in der Stadtinfo erhältlich	089-18913720
26.04.12 17 Uhr	Vortrag: Gesetzlich versichert - privat bezahlen? IGe-Leistungen	Gesundheitsladen München	Waltherstr. 16a	089-772565, www.gl-m.de
26.04.12 18.30 Uhr	Vortrag: Wenig Geld und trotzdem gesund?	siaf e.V.	Sedanstr. 37	www.siaf.de
26.04.12 14 Uhr	Hörspaziergang: Klanglandschaft Obergiesing	ASZ-Obergiesing und Gesundheitsladen München	Wieskirchstr. 1	089-6906162
03.05.12 19 Uhr	Singen in lockerer Atmosphäre: „Lauter leise Lieder“	Gesundheitsladen München	Waltherstr. 16 a	089-18913720, www.gl-m.de
08.05.12 14 Uhr	Vortrag: Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	ASZ-Pasing	Bäckerstr. 14	089-8299770
31.05.12 17 Uhr	Vortrag: Informiert und gestärkt zum Arzt: Patientenrechte - Ärztepfllichten	Gesundheitsladen München	Waltherstr. 16 a	089-772565, www.gl-m.de
19.06.12 14.30 Uhr	Vortrag: Gesundheit, Krankheit, Kassen und Geld	ASZ-Neuhausen	Nymphenburgerstr. 171	089-13998283
28.06.12 17 Uhr	Vortrag: Au Backe - worauf muss ich achten wenn ich zum Zahnarzt gehe?	Gesundheitsladen München	Waltherstr. 16 a	089-772565, www.gl-m.de



Gesundheitsrecht. Eine systematische Einführung

Prof. Dr. Gerhard Igl und Prof. Dr. Felix Welti, 2012, 440 S., Vahlen, ISBN 978-3-8006-4166-6, 29,80 €

Das Buch wird vom Verlag als eine „systematische Einführung in das Gesundheitsrecht“ angeboten. Es führt in die Bereiche des Gesundheitswesens kurz und knapp ein. Die verschiedenen Rechtsgebiete wie z. B. das Europa- und Strafrecht sowie die Aufgaben der öffentlichen Hand werden angesprochen. Zwei Inhaltsverzeichnisse (ohne und mit Untergliederung) ersparen eine langwierige Suche. Die Autoren geben einen umfassenden Überblick und einen grundlegenden Einblick in das Gesundheitssystem. Es wäre ohne weiteres möglich, die einzelnen Kapitel zu jeweils einem gesonderten Buch auszuarbeiten. Die Suche nach dem Schutz der Sozialdaten bleibt leider ohne Ergebnis. Hervorzuheben ist, dass die Selbsthilfe als Akteur erwähnt wird und dem Schutz der Verbraucher ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Leider ist die Patientenvertretung sowohl im Gemeinsamen Bundesausschuss als auch in den Zulassungs- und Berufungsausschüssen unerwähnt, § 140 f SGB V wurde anscheinend übersehen. Die zweite Hälfte des Buches befasst sich fast ausschließlich mit

Arzthaftungsrecht. Durch die verständliche Ausdrucksweise wird es allein schon deshalb für PatientInnen wie für Beratungsstellen hilfreich sein.

Das Buch wird sowohl für ehrenamtlich Tätige, als auch für Beratungsstellen ein guter Ratgeber sein, ebenso ist es als Einführung für JuristInnen in das Gesundheitsrecht gut geeignet. Es bietet für zahlreiche Sachverhalte, die als Fragestellung auftauchen können, einen roten Faden, an dem die Akteure sich orientieren können.

Erika Lorenz-Löblein



Buchhaltungssoftware Lexware Financial Office 2012

Auch 2012 gibt es wieder eine neue Version dieser Software zum Buchhalten, für Lohnabrechnung und für Fakturierung. Ein Komplettpaket, das fast alle Wünsche kleinerer und größerer Unternehmen erfüllt. Zentral ist für mich die immer komplizierter werdende Lohnbuchhaltung. Der große Vorteil des Programms liegt hier in der laufenden Aktualisierung der benötigten Daten. Das erleichtert die Arbeit erheblich. Leider werden dadurch auch immer wieder (teils kostenpflichtige) Updates nötig. Wirklich gut ist auch das gedruckte Handbuch, wo viel Lesens- und Wissenswertes zu finden ist. Insgesamt ein sehr hilfreiches Programm, leider immer noch ohne Version für Mac.



Patientenrechte am Ende des Lebens. Vorsorgevollmacht – Patientenverfügung – Selbstbestimmtes Sterben.

Wolfgang Putz & Beate Steldinger, Beck-Rechtsberater im dtv, 4. Auflage, 2012, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, 289 Seiten, ISBN 978-3-423-05696-0, 15,90 €

Nicht ohne Grund erscheint in 2012 bereits die 4. Auflage des von Wolfgang Putz und Beate Steldinger verfassten Ratgebers. In mehr als 300 Fällen haben die beiden in ihrer Anwaltskanzlei Menschen auf dem Weg zur Selbstbestimmung am Ende des Lebens begleitet. Sie schöpfen aus reicher Erfahrung und lassen Leserin und Leser daran teilhaben: Zahlreiche Fallschilderungen – grau hinterlegt und leicht aufzufinden – belegen die Ausführungen. Die große Bedeutung und weitreichende Dimension frühzeitiger, wohlgedachter und präziser Regelung dieses elementaren Rechts wird damit in eindrücklicher Weise deutlich. In leicht verständlicher Sprache werden Themen behandelt, wie Selbstbestimmung und Vorsorge bei Krankheit und Tod, Durchsetzung von Patientenrechten, Recht auf Leben, Recht auf Sterben, Pflicht zu leben?

Das Buch leistet durchwegs Aufklärungsarbeit und vermittelt

Grundlagenwissen; im 4. Kapitel z.B. zu medizinischen Aspekten der Palliativmedizin, Sterbehelfen, Formen der Lebensverlängerung. Im 5. Kapitel gehen die Autoren u.a. auf Rechtsgrundlagen zu Formen der Sterbehilfe ein. Dabei stellen sie sowohl die Grundrechte des Grundgesetzes dar, als auch die Grundsätze der Bundesärztekammer zur ärztlichen Sterbebegleitung. Im Anhang ist der volle Wortlaut abgedruckt.

Der fast 100seitige Anhang ist Fundgrube und Nachschlagewerk zu relevanten gesetzlichen Bezügen und Urteilsprechungen. Auch hier ist die Gestaltung bestens zum raschen Auffinden geeignet. Drei graphische Darstellungen erschließen „auf einen Blick“ die Frage von Selbstbestimmung vs. Fremdbestimmung, die Formen der Sterbehilfe – Was ist erlaubt, was ist verboten? Und: Was ist (dem Arzt) erlaubt, was ist verboten? Ein Muster für Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht, entnommen der Broschüre des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz, findet sich ebenfalls im Anhang. Diese Vorlage hat sich auch in der Beratungspraxis der Patientenstelle sehr bewährt. Abschließend ist ein verfassungsrechtliches Gutachten nachzulesen, und zwar zu einem der besonders schweren der dargestellten Fälle zur Beurteilung der Ernährung durch PEG-Sonde (Magensonde; perkutane, endoskopisch kontrollierte Gastrostomie) bei Wachkomapatienten.

Zusammengefasst: Der Ratgeber ist für Fachkräfte ein Muss, für Betroffene die denkbar hilfreichste Lektüre bei den wichtigen Entscheidungen für die letzte Lebensphase.

Waltraud Kröner



Beck'sche Schmerzengeldtabelle 2012. Mit praxisorientierter Kommentierung des Schmerzengeldrechts

Andreas Slizyk, Verlag C.H. Beck, 8. Auflage, 2011, ISBN: 978-3-406-62869-6, 69,00 €

Der 808-seitige Wälzer umfasst die Basisdaten von mehr als 3000 Schmerzengeld-Entscheidungen aus den letzten 20 Jahren. Diese sind vorrangig nach dem jeweils betroffenen Organ „von Kopf bis Fuß“, innerhalb der Verletzungsarten dann nach ihrer Schwere sortiert. Diese Gliederung ermöglicht guten Praxisnutzen und eine schnelle Orientierung bei der Suche nach der einschlägigen Rechtsprechung.

Eine ausführliche Einleitung erläutert in einer auch dem Laien verständlichen Sprache die Grundzüge und das Umfeld des Schmerzengeldrechts. Damit ist der Band, der sich v. a. an Richter, Rechtsanwälte und SchadenssachbearbeiterInnen von Versicherungsunternehmen wendet, auch für Laien verständlich und geeignet.

In unserer täglichen Beratungsarbeit in den Patientenberatungsstellen machen wir die Erfahrung, dass Betroffene das Buch zur ersten Orientierung immer wieder gerne zur Hand nehmen.

Adelheid Schulte-Bocholt



GOZ-Kompodium 2012 mit zusätzlich separatem Textbuch

Berger – Ratajczak – Brodmann – Wuttig – Schmidt – Herrmann, Verlag: Teamwork media GmbH, 2012, ISBN 978-3-932599-31-6, 129,- €

Für alle, die sich mit der neuen Gebührenordnung auseinander setzen müssen, ist das GOZ-Kompodium 2012 ein hilfreiches (fast 500-seitiges) Handbuch, mit vielen Informationen rund um die privatärztliche Abrechnung. Die Spiralbindung macht das Nachschlagen unproblematisch, farbliche Hinterlegungen den Inhalt übersichtlich und damit auch für nicht GOZ-Abrechnungs-Spezialisten verständlich.

Rechenbeispiele zeigen welche Ziffern nebeneinander abrechenbar sind und welche nicht. Die farblichen Hinterlegungen und Gegenüberstellungen machen die Abrechnungsbestimmungen gut nachvollziehbar. Für jede einzelne GOZ-Position werden die GOZ 1988 und die GOZ 2012 direkt miteinander verglichen, so wird ersichtlich, wie genau sich die Bewertung einzelner Leistungen von 2011 auf 2012 verändert haben und wo die Neuerungen liegen. Für mich als Patientenberaterin ist auch der gegenüberstellende



Vergleich zur Bema-Abrechnung der GKV interessant.

Für Zahnärzte von besonderem Interesse wird der grün hinterlegte Schnell-Check zu jeder Gebührenposition sein; er zeigt sofort, welche Leistungen gegebenenfalls zusätzlich abrechenbar sind. (Diese Tipps werden hoffentlich – und hier spricht die Patientenberaterin – nicht allzu inflationär von Seiten der Zahnärzte genutzt.)

Nun ja, das Kompodium ist geschrieben für Zahnärzte und Ihre Abrechnungsfachleute und –stellen, das wird deutlich. Aber auch wir PatientenberaterInnen sind damit für die zu erwartenden Abrechnungsfragestellungen bestens vorbereitet.

Adelheid Schulte-Bocholt



Mit dem Rücken zur Wand So setze ich mein Recht durch!

Verena Stein, VAS Verlag, 2012, ISBN: 978-3-88864-479-5, 19,80 €

Die Autorin Verena Stein verbrachte vier Jahre lang zwangsweise in geschlossenen Psychiatrien bis eine Mitpatientin sie schließlich herausholte. Trotz schwerer Medikamentenschädigungen erkämpfte sie sich ihre Selbständigkeit zurück und führte langjährige Prozesse auf Schadensersatz gegen fünf Kliniken, in denen sie gegen ihren Willen untergebracht gewesen war. Sie ging bis nach Straßburg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, an dem Sie schließlich Recht bekam.

Ihre Erfahrungen und das dabei umfangreiche gesammelte Praxiswissen stellt sie in diesem Buch sehr übersichtlich und gut verständlich der Allgemeinheit zur Verfügung.

Ein aufschlussreicher Patientenratgeber, der sich mit einem Schwerpunkt den Patientenrechten in der Psychiatrie und bei Einwilligungsunfähigkeit widmet. Kurz und gut: Ein lesens- und daher empfehlenswertes Buch – nicht nur für Betroffene.

Adelheid Schulte-Bocholt



Netzwerk
Psychiatrie
München e. V.
Waltherstr. 16 a
80337 München

Veranstaltungsankündigung:

Psychotherapie von Psychosen - Die psychoanalytische Behandlung von Menschen, die an einer Psychose leiden

Vortrag von Dr. Jürgen Thorwart, Psychoanalytiker, Freising

Wurde die psychoanalytische Behandlung bei psychotischen Erkrankungen in der Vergangenheit als gefährlich abgelehnt („aufdeckende Behandlung führt zu Rückfällen“), so hat sich inzwischen allmählich die Erkenntnis durchgesetzt, dass diese Methode hilfreich für viele PatientInnen ist.

Die psychotherapeutische Behandlung dieser Erkrankungen wurde inzwischen in die Psychotherapierichtlinien der Gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen – mit Verhaltensthera-

pie, tiefenpsychologisch fundierter Psychotherapie und (modifizierter) analytischer Psychotherapie.

Der Referent hat viele Jahre an der psychoanalytischen Weiterbildung in München teilgenommen; er behandelt als niedergelassener Psychoanalytiker auch Menschen mit psychotischen Erkrankungen. Im ersten Teil seines Vortrags wird er einen allgemeinverständlichen Überblick über die theoretischen Grundlagen der Behandlung aus psychoanalytischer Sicht geben und dann anhand konkreter Beispiele das Vorgehen erläutern. Anschließend besteht

die Möglichkeit Fragen zu stellen oder über einzelne Aspekte zu diskutieren.

Der Vortrag richtet sich nicht nur an Profis, sondern auch an Interessierte ohne spezielle Vorkenntnisse.

Zeit: Dienstag, 12. Juni 2012, 19.00 Uhr

Ort: Gesundheitsladen München, Waltherstr. 16 a, 80337 München (Nähe Goetheplatz)

Behindertengerechter Zugang

Eintritt: 5,- €, ermäßigt 3,- €

Bragadá - das Benefiz-Samba-Festival

Am Samstag, 21. April 2012, findet im Feierwerk, Hansastr. 39, 81373 München, ab 19 Uhr zum 13. Mal Bragadá – die lange Sambanacht statt. Eintritt: 10 €.

Eine ganze Nacht voller Samba-Percussion, tropischer Grooves und brasilianischer Rhythmen – wir tanzen und läuten den Sommer ein! Am Samstag, 21. April 2012, treffen sich im Feierwerk zehn Sambagruppen zur sensationellen Sambanacht Bragadá. Lasst uns die Hüften kreisen, werfen wir die Sorgen über Bord in die Guanabara-Bucht und feiern wir den Bahia, Ile-Aiye oder Timbalada. Donnernde Surdos, knallende Tamborims und elektrisierende Energie – Stomp meets Carnaval do Brazil, Zuckerhut goes Africa – bei Bragadá bleiben weder die Augen noch die Hemden trocken.

Und das Ganze dient auch noch einem guten Zweck – wir tanzen und feiern für KOMPASS, eine Organisation, die sich für die Rechte von Psychiatriepatienten einsetzt.

Zehn Sambagruppen aus München und Umgebung spielen für die gute Sache: Bateria Z Drumadama Go>Brazil Münchner Ruhestörung Quizumba Samba Sambuca Samba Sole Luna Stockwerk Orange Sucudúva Tem Dendê.



Special Guest: Meistertrommler **Famadi Sako** aus Guinea mit einem Solo-Auftritt.

Der Erlös des Festivals geht an die Freie Beschwerde- und Beratungsstelle KOMPASS, die sich für die Rechte von Psychiatriepatienten einsetzt. Die Mitarbeiter von KOMPASS haben langjährige Erfahrung in und mit der

Psychiatrie als Patienten – Angehörige – Fachkräfte – Bürgerhelfer und sind ehrenamtlich tätig. KOMPASS ist unabhängig und erhält kein Geld von der Pharma-Industrie oder sonstigen Interessensgruppen.

Unser Motto: Wir wollen vermitteln, nicht anklagen – aber auch nicht beschwichtigen. Weitere Infos: www.netz-m.de/kompass.

KOMPASS ist Teil des Netzwerks Psychiatrie München e. V. – für mehr Patientenfreundlichkeit.

Ihr Ansprechpartner:
Rudolf Winzen,
mobil 0178 - 168 59 78,
kontakt@netz-m.de



Netzwerk Psychiatrie München e. V., Waltherstr. 16 a, 80337 München

BAGP-Rundbrief 1.12

BAGP Stellungnahme Referentenentwurf Patientenrechtegesetz

Einleitung

Im Referentenentwurf werden bereits bestehende Regelungen verschiedener Rechtsbereiche und aus der Rechtsprechung resultierende Patientenrechte zusammengefasst.

Im BGB unter den §§ 630a-h werden die vertraglichen Beziehungen zwischen Arzt und Patient geregelt, und einige Paragraphen im Sozialgesetzbuch (SGB) V erfahren Änderungen. Die BAGP begrüßt dies ausdrücklich, da die dadurch entstehende Transparenz und Nachlesbarkeit der Bekanntheit und der Verlässlichkeit der Patientenrechte dienen werden.

Verbesserungen für die PatientInnen werden weiter erreicht durch die Änderung in § 66 SGB V von der Kann- zur Sollvorschrift, mit der die gesetzlichen Krankenkassen PatientInnen bei der Durchführung von Schadensersatzansprüchen bei Behandlungsfehlern unterstützen sollen, sowie die Einführung von Fristen, in denen Krankenkassen über Leistungsanträge von Versicherten entscheiden müssen (s. Anmerkungen § 13 Abs. 3 SGB V).

Darüber hinaus besteht aus unserer Sicht aber weiterer Regelungsbedarf, um der besonderen Schutzbedürftigkeit von PatientInnen / Versicherten Rechnung zu tragen:

• Patienteninformationen / Patientenbrief / (s. auch Anmerkungen § 630 e BGB).

Die Ausführungen im Referentenentwurf zu Information und Aufklärung greifen zu kurz. PatientInnen bedürfen insbesondere zur Verbesserung der Verständlichkeit von Information und Aufklärung der Möglichkeit sich unabhängig und neutral beraten zu lassen. Die bisherigen Kapazitäten einer unabhängigen Patientenberatung reichen dazu nicht aus. Im Patientenrechtegesetz sollte ein **individueller Anspruch auf eine unabhängige und neutrale Beratung** festgeschrieben werden.

Die BAGP fordert für folgende Bereiche eine Verankerung im Patientenrechtegesetz, damit mit dem Gesetz tatsächlich mehr Transparenz über bestehende Rechte und Pflichten für juristische Laien erkennbar wird: Patientenrecht auf **Zweitmeinung** (Aufnahme in § 76 SGB V), Regelungen der Schweigepflicht, Fortbildung und Berufspflichten der Behandler.

• Reform des Gutachterwesens mit Nachweisen von Neutralität, Unabhängigkeit und Qualifikation und Verbesserung der Stellung des Privatgutachters im Prozessrecht

Der Referentenentwurf nimmt leider an keiner Stelle eine Veränderung der Bestimmungen des Gutachterwesens zum Medizinrecht vor. So werden weder unabhängige Gutachterstellen gefordert noch einheitliche und inhaltliche Forderungen an die Ausbildung und Qualität der Gutachter gestellt.

Aus BAGP-Sicht ist das ein eklatanter Mangel des Gesetzesentwurfes, da die Aussage der Gutachter für den Fort- und Ausgang von Behandlungsfehlerklagen von immenser Bedeutung ist. Für alle Sozialversicherungsbereiche sollte es darüber hinaus eine unabhängige und qualitätsgesicherte Begutachtungsinstanz geben, die auch Privatpatienten zugänglich ist.

• Umgestaltung der Verfahren vor den für PatientInnen kostenlosen Schlichtungsstellen:

Die BAGP fordert den Gesetzgeber auf, Rahmenbedingungen für neutrale, anbieterunabhängige Gutachterstellen für Konflikte im Gesundheitssystem zu schaffen. Diese Stellen benötigen eine strukturelle Verankerung der Interessen von PatientInnen, mit einer Verfahrensordnung, in der neben ÄrztInnen und JuristInnen auch Krankenkassen- und PatientenvertreterInnen beteiligt werden.

Die BAGP fordert hier ein Recht auf mündliche Verhandlung, die PatientInnen eine faire Chance der Problemdarstellung bietet sowie Pflicht zur Mitwirkung aller Beteiligten (auf Behandlerseite) da diese bisher einem solchen Verfahren zustimmen müssen.

Bundesarbeitsgemeinschaft
der PatientInnenstellen
(BAGP)

Waltherstr. 16a
80337 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web: www.bagp.de
mail@bagp.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



B
A
G
P
Kurzprofil

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.



- **Beweiserleichterung**
Weitreichende Beweiserleichterungen bzw. eine striktere Regelung der Beweislastumkehr bei einem erwiesenem Behandlungsfehler fehlen.

„Der Entwurf entspricht im wesentlichen dem, was wir mit dem Patientenbeauftragten besprochen haben“

Dr. Montgomery,
Bundesärztekammer

- Die BAGP fordert die Einführung von Amtsermittlung bzw. die gerichtliche Pflicht zur Aufklärung eines Behandlungsfehlers (s. Anmerkungen § 630h BGB).
- **Rechtsbesorgung**
In diesem Zusammenhang hält die BAGP es für unumgänglich, dass, wenn ein Behandlungsfeh-



ler durch unabhängige Begutachtung festgestellt wurde, eine institutionelle Entschädigung für die Geschädigten geregelt wird. So bleiben die Verfolgung von Schadensersatz- und Schmerzensgeldforderungen unabhängig von den finanziellen Ressourcen der Patienten.

Die BAGP fordert die Einrichtung eines Härtefonds, um zeitnahe Entschädigungen für Medizingeschädigte zu erhalten. Denkbar wäre eine Finanzierung eines Entschädigungsfonds aus Mitteln der Leistungserbringer, wie ein Versicherungspool mehrerer Anbieter sowie aus öffentlichen

(Bundes-)Mitteln, um Anreize zu setzen für Qualitätssicherung. Eine finanzielle Beteiligung von Patienten lehnen wir ab.

- **Verlängerung der Verjährungsfrist auf 10 Jahre**

Die BAGP fordert eine Ausweitung der Verjährung bei Behandlungsfehlerverdacht auf 10 Jahre. Aus BAGP-Sicht sind drei Jahre für viele Patienten zu knapp bemessen, weil es gerade bei schweren Schädigungen zunächst einmal darum geht, die eigene Gesundheit wieder her zu stellen.



- **Regelmäßiger Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung für Leistungserbringer**

Die BAGP fordert analog zur Fortbildungsverpflichtung der Ärzte die Einrichtung einer Haftpflicht-Nachweispflicht für Leistungserbringer.

- **Einsetzung von PatientenförsprecherInnen in allen Krankenhäusern zur Verbesserung der Qualitätssicherung / Beschwerdemanagement**

Die BAGP fordert ein unabhängiges bundesweites Beschwerdemanagement bzw. PatientenfürsprecherSystem in allen Einrichtungen des Gesundheitssystems. Da viele Einrichtungen kein unabhängiges Beschwerdemanagement aufbauen werden, sondern lediglich ein internes Qualitätsmanagement als hinreichend ansehen, ist die Verpflichtung, ein patientenorientiertes Beschwerdemanagement einzuführen, aus Patientensicht zielführend. (s. Ausführungen § 135 a SGB V).

- **Barrierefreier Zugang zur medizinischen Versorgung im Sinne der UN-Behindertenkonvention**

Die BAGP schließt sich den Forderungen der A-Länder an und verweist auf die Ausführungen der Bundespatientenvertreter vom 6.2.12:

„Im Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat die Bundesregierung das Patientenrechtegesetz als Maßnahme insbesondere zur Umsetzung von Art. 25 und 26 der Konvention ausgewiesen.

Die maßgeblichen Patientenorganisationen stellen mit Befremden fest, dass der Referentenentwurf weder hinsichtlich der individuellen noch hinsichtlich der kollektiven Patientenrechte behinderungsspezifische Vorschriften enthält. Das Recht auf einen ortsnahe Zugang zu barrierefreien Gesundheitseinrichtungen oder Mitspracherechte von Menschen mit Behinderungen bei der Ausgestaltung des Gesundheitswesens sind aber in der UN-Behindertenrechtskonvention verbrieft.





Die Bundesregierung hat sich völkerrechtlich verpflichtet, die entsprechenden nationalen Umsetzungsvorschriften zu schaffen. Die maßgeblichen Patientenorganisationen fordern, dass die Bundesregierung dieser Verpflichtung durch eine Ergänzung des vorliegenden Gesetzentwurfes nachkommt. Ferner haben sich alle im Bundestag vertretenen Parteien dazu bekannt, bei künftigen Gesetzgebungsverfahren die Verpflichtung der UN-Konvention zum Disability Mainstreaming umzusetzen. Die maßgeblichen Patientenorganisationen fordern daher den Bundestag und die beteiligten Bundesministerien auf, das Gesetzgebungsverfahren zum Patientenrechtegesetz konventionskonform auszugestalten."

- **Aufnahme der Medizinproduktezulassung und deren Qualitätssicherung im Patientenrechtegesetz**



Die BAGP fordert mehr Patientensicherheit in Bezug auf Medizinprodukte, die durch Neuorganisation der Zulassungsregelungen durch unabhängige und neutrale Institutionen erreicht werden kann. Des weiteren fordert die BAGP ein aktives und zeitnahe Risikomanagement der zuständigen Prüfinstanzen, unkomplizierte Kostenunterstützung für die Beseitigung der gesundheitlichen Gefahren durch Medizinprodukte z.B. durch einen Entschädigungsfonds und die Krankenversicherungsträger

sowie die stärkere Verantwortungsübernahme und Verbesserung der Sorgfaltspflicht in der ärztlichen Aufklärung durch die Operateure.

Patientenrechte im BGB

Nach Auffassung der BAGP ist die rechtssystematische Einordnung diskussionswürdig, weil sie aus der Arzt-Patienten-Beziehung ein Dienstleistungsverhältnis ableitet und dieses ebenso wie einen (Kauf-)vertrag reguliert. Dies erkennt aber die besondere Macht-, Wissens- und Autonomieasymmetrie dieses Vertragsverhältnisses und die hochkomplizierten Regelungen der Leistungserbringung, der Versorgungsstrukturen und der Vergütung, die durch das Sozialversicherungsrecht konkretisiert werden.

Wenn der Behandlungsvertrag im Zivilrecht verankert wird, muss zumindest die besondere Schutzwürdigkeit der PatientInnen berücksichtigt und beschrieben werden.

Die BAGP vermisst weitere Präzisierungen der gesetzlichen Aufklärung und Dokumentation (s. auch Anmerkungen zu § 630 f BGB)

Das wichtige Thema IGeL-Leistungen, also privat von der PatientIn zu bezahlende Leistungen wird leider viel zu wenig behandelt. Die Formulierungen im § 630 c Satz 3 reicht dazu nicht aus. In der täglichen Praxis verkaufen Mediziner hier i. d. R. medizinisch nicht notwendige Leistungen, ohne die Patienten umfänglich über Risiken, Nebenwirkungen und Kosten der Behandlung vorher schriftlich aufzuklären. Sanktionen gegenüber entsprechenden Leistungserbringern fehlen. Bei rein ästhetischen Angeboten muss darüber hinaus eine besondere Risiko- und Alternativaufklärung erfolgen. Die BAGP fordert die Einführung einer besonderen

Haftung für Hersteller (Fondslösung), eine Risikohaftpflichtversicherung für mögliche Folgeschäden und bei Nichtgelingen medizinisch nicht notwendiger Operationen.

Im übrigen verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 13.05.2011 sowie auf die gemeinsame Stellungnahme der 140er Organisationen vom 06.02.2012. Auf der Webseite gehen wir auf einige der geplanten Paragraphen konkret ein: www.bagp.de.

München, den 09.03.2012

BAGP Geschäftsstelle
Waltherstr. 16a
80337 München

Silikonskandal bei Brustimplantaten

Die BAGP hat am 25.01.2012 eine Stellungnahme zum aktuellen Silikon-Skandal bei Brustimplantaten abgegeben: **„Krebserregende Brustimplantate. Wer trägt Schuld und Kosten? Patientinnen müssen für ihre Gesundheit und Kostenunterstützung kämpfen“.**

Resümee:

Die betroffenen Frauen müssen also um ihre Rechte kämpfen ohne dass sie eine Schuld für die Inverkehrbringung der Mängelware trifft. Jedes Kaufhaus nimmt Produkte mit Qualitätsbedenken zurück, nur in der Medizin gibt es keine derartigen Regelungen!

Die BAGP fordert seit Jahren einen gemeinsamen Fonds von Ministerien, Ärzteverbänden, Versicherungen u. a., der für Gesundheitsschäden aufkommt, auch wenn kein Behandlungsfehler vorliegt oder nachgewiesen werden kann. Einmal mehr zeigt sich wie aktuell dieser wünschenswerte Fonds ist, aber auch im Referentenentwurf zum Patientenrechtegesetz ist derartiges nicht verankert!

Wir finden es unverantwortlich wie mit Patienten und Patientinnen in Deutschland umgegangen wird.

Die komplette Stellungnahme finden Sie auf der Webseite www.bagp.de



Pressemitteilung Beratungsstelle Nürnberg, 15.03.2012

Gesundheitsberatung für MigrantInnen

Die UPD Beratungsstelle Nürnberg stellt Beratungsangebot in russischer Sprache vor

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland UPD handelt im gesetzlichen Auftrag mit dem Ziel die Patientenorientierung im Gesundheitswesen zu stärken. Die UPD steht allen Ratsuchenden zur Verfügung. Sie informiert und berät neutral und unabhängig zu allen Fragen rund um die gesundheitliche Versorgung und nimmt eine wichtige Lotsenfunktion im Gesundheitswesen wahr. Dabei ist das primäre Ziel neue Wege zu finden, um gerade die Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die einen erhöhten Informations- und Beratungsbedarf haben. Der Förderverein Unabhängige Patientenberatung Nürnberg e. V., ist Träger der UPD Beratungsstelle Nürnberg. In Nürnberg werden jährlich ca. 4500 Ratsuchende beraten. Der Anteil an Ratsuchenden MigrantInnen liegt noch unter ihrem Bevölkerungsanteil, steigt jedoch seit der Eröffnung der ersten Beratungsstelle für Patienten in Nürnberg 2002 kontinuierlich an.

Seit Inkrafttreten des §65b SGB V vor gut 10 Jahren wurden in Nürnberg und Berlin zahlreiche Modelle und Strategien erprobt, um Ratsuchende mit Migrationshintergrund besser zu erreichen. Es zeigte sich, dass Menschen mit Migrationshintergrund im Beratungsalltag deutlich unterrepräsentiert sind. Gleichzeitig konnte man aber gerade bei dieser Gruppe einen besonders hohen Beratungs- und Unterstützungsbedarf feststellen.

Aus verschiedenen Studien geht hervor, dass rund 30 Prozent der Ratsuchenden mit Migra-

tionshintergrund kaum in der Lage sind Gesundheitsinformationen in deutscher Sprache zu verstehen. Je nach Alter, Geschlecht und Aufenthaltsdauer in Deutschland variiert dieser Anteil, wobei sich für Ältere, Frauen und neu Immigrierte im Krankheitsfall die größten Schwierigkeiten ergeben.

Mit der Schaffung eines mehrsprachigen und interkulturellen Beratungsangebots wurde nun ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Überwindung sprachlicher und kultureller Zugangsbarrieren erreicht.

Seit dem 1. August 2011 bietet die UPD bilinguale Beratungen an vier Standorten an. In Dortmund und Nürnberg findet die Beratung neben Deutsch auch auf Russisch statt. In Berlin und Stuttgart zusätzlich auf Türkisch. Muttersprachliche Beratung wird in der UPD Beratungsstelle Nürnberg als persönliches Einzelgespräch, telefonisch oder für Gruppen nach Vereinbarung angeboten. Ratsuchende werden bei Verdacht auf Behandlungsfehler ebenso, wie bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche und Rechte etwa gegenüber Ärzten oder Krankenkassen, beraten. Sie erhalten auf sie zugeschnittene Informationen über Patientenrechte, Versorgungswege und zu gesundheitlichen Fragen. Informationsmaterialien werden in Russisch und Türkisch erarbeitet und Patienteninformationen in leichter Sprache zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus gibt es Informationsveranstaltungen in Kooperation mit anderen Beratungsstellen. Kooperationen mit migrations-spezifischen Einrichtungen sol-

len in erster Linie dabei helfen, die muttersprachliche Beratung unter Migrantinnen und Migranten bekannt zu machen. Die Kooperationspartner dienen als Multiplikatoren und tragen zu gemeinsamen Aktivitäten bei, wie z. B. Gruppenberatungen, Informationsveranstaltungen und Beratungsaktionen bei. Auf der anderen Seite dient die Vernetzung dem Aufbau eines Pools von Partnern, an die Beraterinnen und Berater verweisen können, wenn Ratsuchende weitergehenden Unterstützungsbedarf haben.

Zu unserem multidisziplinären Team von Muttersprachlern gehören neben Ärzten, Juristen und Sozialpädagogen auch Gesundheits- und Pflegewissenschaftler. Ebenso wie in der deutschsprachigen Beratung können wir auf diese Weise das breite Spektrum der Anliegen und Probleme im gesundheitlich-medizinischen, im rechtlichen wie auch im psychosozialen Bereich kompetent bearbeiten. Eine weitere Säule der Kommunikation ist das Internet. Das Durchschnittsalter der Zielgruppe ist rund 10 Jahre niedriger als in der restlichen Bevölkerung – dementsprechend wird das Internet für die Informationsbeschaffung (auch für ältere Angehörige) häufiger genutzt. Zentrale Informationen zu den Leistungen der UPD sind daher auf der Homepage www.upd-online.de auch in Russisch und Türkisch dargestellt.



UPD-Beraterin Oxana Strobel



UPD-Koordinatorin Havva Arik

Psychisch fit am Arbeitsplatz – Wie geht das? **AOK-Tagung am 14.3.2012**

Seit 2000 hat sich die Arbeitsunfähigkeit durch psychische Erkrankungen um 46% erhöht, gegenüber dem Vorjahr stiegen die Fehlzeiten um 5,5 %.

Die AOK veranstaltete deshalb am 14. März 2012 zum 3. Mal eine Tagung zum Thema, diese stand unter dem bewusst positiv formulierten Motto „Psychisch fit am Arbeitsplatz – Wie geht das? Erfahrungen und Lösungen aus der betrieblichen Praxis“. Die Tagung wurde von VertreterInnen der AOK, aus der Wissenschaft und aus Unternehmen besucht und gestaltet.

Die von Führungskräften der AOK gesprochenen Einführungsworte wiesen bereits darauf hin, dass es sich beim Thema seelische Belastungen (am Arbeitsplatz) inzwischen um weit mehr als ein „Modethema“ handele, auch wenn es die Berichterstattung teilweise einfach und oberflächlich darzustellen versuche. Die Krankenkasse bemerke den Paradigmenwechsel bei der Gesundheitsförderung, von körperlichen Belastungen hin zu psychischen, am stark steigendem Interesse der Firmenkunden an diesbezüglicher Beratung. Im Mittelpunkt des Einführungsprogrammes stand der Vortrag von Werner Bartens, leitender Wissenschaftsredakteur der SZ, über „Körperglück

– Wie gute Gefühle gesund machen“. Interessanterweise wies Bartens gleich zu Beginn darauf hin, dass der Versuch, Glück durch bewusstes Handeln zu erreichen, eigentlich diesem „Zustand der Selbstvergessenheit“ widerspreche. Andererseits könne der Mensch



seine Umstände beeinflussen, auch in der persönlichen (Be-)Deutung von schwierigen Lebensereignissen.

Dass Stress als Antwort auf akute Anforderungen und Gefahren lebensnotwendig ist, aber der chronische Stress dem der Mensch gerade auch in der heutigen Arbeitswelt ausgesetzt werde, krank mache, sei durch zahlreiche Untersuchungen bestätigt.

Das Risiko für einen Herzinfarkt steige durch eine depressive Erkrankung fast genauso stark wie durch den klassischen Gefährdungsfaktor Rauchen. Auch bei der Volkskrankheit Rückenleiden bestehe eine Kluft zwischen körperlichem (Wohl-)Befinden und festgestellten medizinischen Befunden. Bei vielen Betrof-

fenen mache sich ein Bandscheibenvorfall gar nicht bemerkbar, während bei anderen Patienten/-innen, die unter starken Schmerzen litten, durch bildgebende und andere Verfahren nichts nachweisbar sei.

Bartens betonte den salutogenen-gesundheitsfördernden Ansatz und gab verschiedene Beispiele dafür, wie durch ein positiv erlebtes Lebensumfeld und ebensolche Beziehungen die Stressreaktion gedämpft und der Mensch weniger anfällig für Krankheiten sei.

In den vier, zeitgleich sich anschließenden Praxisforen sollten Wege aufgezeigt werden, welche betrieblichen Maßnahmen und Präventionsansätze, wie z.B. die Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) zu mehr psychischer und körperlicher Gesundheit der Angestellten beitragen können.

AnsprechpartnerInnen in den Foren waren die jeweils betrieblich Verantwortlichen aus einem Produktionsbetrieb, einem Seniorenheim, einer Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und ein Berater für BGM der AOK. Die Ergebnisse der vier Praxisforen wurden zum Ende der Tagung als sog. „Good Practice“-Beispiele zusammengetragen und nochmals präsentiert.

MG

Ärzte-Zeitung, 27.03.2012 **DGB Studie: Überstunden steigen deutlich**

BERLIN (dpa). Jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland macht wegen wachsender Arbeitsbelastung mindestens zehn Überstunden in der Woche.

52 Prozent der Beschäftigten fühlen sich dabei erheblich gestresst und gehetzt – und zwar umso mehr, je länger sie arbeiten.

Das sind zentrale Ergebnisse der jährlichen DGB-Umfrage „Gute Arbeit“, die am Dienstag in Berlin veröffentlicht wurde. Befragt wurden diesmal 6083 Beschäftigte aus mehr als einem Dutzend Branchen.

Aus den Antworten lässt sich ablesen, dass die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit immer mehr verschwimmt:

Gut ein Viertel (27 Prozent) der Beschäftigten muss nach eigenen Angaben sehr häufig oder oft auch in der Freizeit für die Firma erreichbar sein.

Fast jeder Siebte (15 Prozent) arbeitet sehr häufig oder oft unbezahlt in der Freizeit. Fast die Hälfte (49 Prozent) der Befragten geben an, dass sie 2011 mindestens zweimal zur Arbeit gegangen sind, obwohl sie sich „richtig krank“ gefühlt haben.

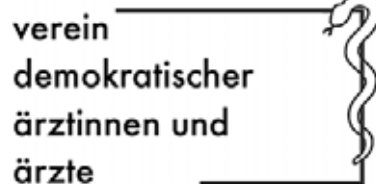
Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntbach zeigt die Umfrage: „Der Arbeitsplatz gilt als Stressfaktor Nummer eins.“

Die psychischen Belastungen durch Arbeitsstress, Arbeitshetze und Arbeitsintensivierung seien inzwischen so hoch, dass sie Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten gefährdeten.

Notwendig seien kein Anti-Stress-Training für die Beschäftigten, „sondern vor allem Arbeitsbedingungen, die weniger Stress produzieren“.



VDPP e.V., c/o Neptun-Apotheke,
Bramfelder Chaussee 291, 22177 Hamburg,
Telefon 040 - 639 177 20, Fax 040 - 639 177 24
geschaeftsstelle@vdpp.de, www.vdpp.de



Vorsitzender: Prof. Wulf Dietrich
Geschäftsstelle: Dr. Nadja Rakowitz
Kantstr. 10, 63477 Maintal
Telefon 06181 – 432 348, Fax 06181 – 49 19 35
Email info@vdaee.de, www.vdaee.de

Presseerklärung von vdää und VDPP Streichung aller Zuzahlungen zu Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung ist an der Zeit!

Anlässlich des Überschusses in den Kassen der gesetzlichen Krankenversicherungen bzw. im Gesundheitsfonds preschen Politiker mit öffentlichkeitswirksamen Forderungen nach Abschaffung der Praxisgebühr, Senkung des Beitrages oder Reduzierung des Staatszuschusses vor.

„Zuzahlungen von Patienten zu Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung sind aber prinzipiell ein Problem – unabhängig von der momentanen Finanzsituation der Kassen“, so der Vorsitzende des vdää, Prof. Wulf Dietrich. In dem solidarischen System der Krankenversicherung, in dem jeder Versicherte unabhängig von seiner finanziellen Leistungsfähigkeit die Leistungen erhalten sollte, die er benötigt, haben Versicherte „Anspruch auf Krankenbehandlung, wenn sie notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern“ (SGB V § 27), wenn diese Leistungen „ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich“ (SGB V § 12) sind. „Dieses Prinzip wird durch Zuzahlungen wie Praxisgebühr, Medikamentenzuzahlung oder Beteiligung an den Krankenhauskosten massiv untergraben“, so Florian Schulze vom VDPP und rechnet vor, dass die gesetzlich Versicher-

ten im Jahr 2010 mehr als 5 Mrd. € zu Leistungen zugezahlt haben, die ihnen eigentlich als Sachleistung zustünden. Dabei sind Eigenanteile an Leistungen und wirtschaftliche Aufzahlungen nicht berücksichtigt. „Außerdem“ so Schulze weiter, „untergraben Zuzahlungen die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Sie belasten einseitig die Versicherten, die Arbeitgeber werden geschont.“

Zuzahlungen wurden begründet und eingeführt, um die Inanspruchnahme medizinischer Leistungen zu steuern. Diesen Zweck erfüllen sie auch – aber in negativem Sinn: Viele Studien haben gezeigt, dass Eigenbeteiligung die Patienten vom Arztbesuch oder der Einnahme wichtiger Medikamente abhält. Zuzahlungen treffen hauptsächlich schwächere Gruppen wie chronisch Kranke und Personen mit niedrigem Einkommen. Das Deutsche Ärzteblatt berichtete im April 2011 über eine Studie des Soziologen Claus Wendt, die zeigte, dass in Deutschland jeder achte potentielle Patient durch die Zuzahlungen vom Arztbesuch abgehalten wird. Außerdem, so konstatierte Wendt, würden „private Zuzahlungen darüber hinaus das Vertrauen der Bürger in das Gesundheitssystem nachhaltig schwächen“.

Zuzahlungen zu stationärer Behandlung im Krankenhaus oder zu Arzneimitteln hatten selbst theoretisch nie eine Steuerfunktion, da sie notwendige Behandlungen betrafen, auf die die Patienten keinerlei Einfluss hatten. Sie dienten von Anbeginn an der Untergrabung des Solidarsystems. Zuzahlungen haben also keinerlei positive Steuerungsfunktionen und stehen in scharfem Konflikt mit den sozialen Zielen der Solidargemeinschaft. Aus diesem Grunde wurde die Kostenbeteiligung in den Niederlanden bereits im Jahr 2000 wieder gestrichen.

Der vdää und der VDPP fordern die Streichung aller Zuzahlungen von Versicherten zu medizinisch notwendigen Leistungen. Dies betrifft nicht nur, wie von Ärzteverbänden und der FDP gefordert, die Praxisgebühr, sondern alle Zuzahlungen. Wulf Dietrich: „Diese Streichung ist keine Frage von der momentanen finanziellen Situation der Krankenkassen, sondern eine Frage der solidarischen Finanzierung unseres Versicherungensystems.“

Florian Schulze
(Vorstand VDPP)

Prof.Dr. Wulf Dietrich
(Vorsitzender des vdää)

Pressemitteilung:

MÜNCHNER
FORUM
Initiativzentrum für
Entwicklungsfragen e.V.



Arbeitskreis Lärm

Seit Oktober gibt es offiziell einen Arbeitskreis der beiden Vereine, die schon viele Lärmexkursionen gemeinsam durchgeführt haben. Verschiedene Fachrichtungen bringen ihr Wissen und ihr Engagement ein.

Unser Partner

Münchner Forum e.V.,
Schellingstr. 65
80799 München
www.muenchner-forum.de

Rechts die Pressemitteilung zum städtischen Lärmaktionsplan.

Der Arbeitskreis hat eine Fachveranstaltung vorbereitet. Was hilft gegen Lärm, welche Maßnahmen kann und soll die Stadt ergreifen?
Referieren wird Mattias Hintsche vom Umweltbundesamt, StadträtInnen legen Ihre Sicht dar.

Lärmbestimmt oder selbstbestimmt

Gut informiert mitreden
beim Lärmaktionsplan
Fachveranstaltung mit Podiumsdiskussion



17. April 2012, 18 Uhr
Kleiner Sitzungssaal im Rathaus
Marienplatz

München lebenswert machen

(1. März 2012) Der Entwurf des Lärmaktionsplanes (LAP) wird am 6. März im Umweltausschuss behandelt.

Mit dem Lärmaktionsplan (LAP) hat die Stadt München die Chance, ihren Ruf als attraktive und lebenswerte Stadt auch durch eine deutliche Verringerung der Lärmbelastung zu untermauern.

Dazu bedarf es allerdings wirksamer Maßnahmen **jetzt** und nicht des Hinausschiebens konkreter Entscheidungen. Denn nur eine offensive Strategie gegen Lärmbelastung macht es möglich, Tausende von Anwohnern an lauten Straßen besser zu schützen, die Qualität zahlreicher Wohnstandorte zu erhöhen, mehr Verkehrsraum für Fußgänger und Radfahrer nutzbar zu machen und vor allem die Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung zu verringern. Es ist wissenschaftlich unbestritten: Lärm macht krank!

Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit

Die Einführung von Tempo 30 km/h ist kostengünstig und wirksam.

Eine innerörtliche Absenkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h vermindert den **berechneten** Mittelungspegel zwar nur um etwa 2 bis 3 dB(A), die Vorbeifahrpegel können jedoch bis zu 7 dB(A) niedriger liegen, das heißt, die **Lärmspitzen** werden stärker abgesenkt. Tempo 30 bewirkt außerdem eine **Verstärkung** des Verkehrs. Zugleich sinken die **Schadstoffemissionen**.

Die **Sicherheit** erhöht sich, Fußgänger und Radfahrer, auch Kinder und Senioren sind weniger gefährdet und der **öffentliche Raum** wird für alle Bewohner besser nutzbar.

Dabei verlängern sich die **Fahrzeiten** kaum, jedoch sinkt der **Spritverbrauch** durch die nun mögliche gleichmäßigere Fahrweise.

„Tempo 30“ kann grundsätzlich **auf allen Straßen** angeordnet werden; eine Beschränkung auf bestimmte Straßenkategorien gibt es nicht.

Der LAP schlägt aber eine Prüfung von Tempo 30 nur auf wenigen kurzen Abschnitten der lautesten Straßen vor und das meist nur nachts.

„Tempo 30 ist wirksam und schnell mit wenig Geld umsetzbar.“ sagt Wolfgang Czisch, AK-Lärm-Mitglied vom Münchner Forum, „wir wünschen uns deshalb in München, was der Deutsche Städte-tag schon seit über 20 Jahren fordert: Tempo 30 nicht nur auf einigen wenigen kurzen Strecken, sondern als Regelgeschwindigkeit innerorts in den dicht bebauten Wohngebieten. Der Stadtrat muss nur den Mut dazu aufbringen.“



Sofort handeln statt weiter vertagen

Der vorliegende Entwurf sieht fast nur die weitere Überprüfung möglicher Maßnahmen vor.

AK-Lärm-Mitglied Gunhild Preuß-Bayer vom Gesundheitsladen bedauert die weitere Verschiebung von konkreten Entscheidungen: „Es ist bekannt, dass Verkehrslärm nicht nur stört und belästigt, sondern Gesundheitsschäden von Schlafstörungen über Bluthochdruck bis zu Herzinfarkten und Schlaganfällen bewirkt. Rasche Abhilfe ist notwendig. Aber nun müssen sogar die am aller stärksten belasteten Münchnerinnen und Münchner weitere Verzögerungen ertragen.“

Der AK Lärm fordert statt dessen, dass wenigstens die im LAP vorgeschlagenen Tempo-30-Regelungen auf verschiedenen Straßenabschnitten nicht „eingehend untersucht“, sondern sofort umgesetzt werden.

Wolfgang Czisch,
Münchner Forum e.V.

Gunhild Preuß-Bayer,
Gesundheitsladen München e.V.

14. Tag gegen Lärm in München



Ein Thema, das den Tag gegen Lärm fast von Anfang an begleitet, ist die Akustik in Schulen und in Kindergärten. Wie kann es sein, dass wir unsere Kinder in einer Umgebung lernen lassen, die in der Industrie den Arbeitsschutz auf den Plan rufen würde und die unsere LehrerInnen so fertig macht, dass viele nicht bis zur planmäßigen Rente durchhalten.

Die Entscheider und Kostenträger beim Bau, der Instandhaltung und Sanierung der Gebäude sollen sich deshalb unbedingt bei der Fachveranstaltung „Besser leise lernen“ einfinden und ihre Erkenntnisse in ihre Institutionen tragen. Wir freuen uns, dass wir dies gemeinsam mit den ‚Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband‘ und der BLLV-Akademie sowie dem Lehrstuhl für Grundschulpädagogik und -didaktik in dem schönsten Klassenraum Münchens anbieten dürfen.

Nach vielen Jahren Pause gibt es wieder einen Infomarkt, diesmal am Rotkreuzplatz.

Das Angebot des Fachdienstes Arbeitssicherheit der Stadt München, mit Messgeräten und Information für die BürgerInnen anzutreten, war so verlockend, dass wir uns kurzerhand entschlossen, daraus mehr zu machen. So wird es auch Infos zu Schwerhörigkeit und zu leisem Verkehr, zur dritten Startbahn und zu Lärm und Gesundheit geben. Angefragt ist auch unser Partner „Ohrwerk - Straßentheater und Musik“

Wer will leise wohnen?

Wohnen ohne Auto plant ein neues Projekt in der Messestadt. Selber nicht zum Umgebungslärm beitragen, aber die Vision eines Hauses für Singles, Paare, Familien und für Musiker. Eine fröhliche Gruppe sucht Mitbauleute.

Umweltbundesamt macht Lärm zu Schwerpunkt seiner Arbeit.

Nicht, dass dieser bisher vernachlässigt worden wäre, die besten Informationen zum Thema fand ich immer beim UBA. Jochen Flasbarth, der Präsident des UBA in Dessau, sieht in Lärm ein gravierendes Umwelt- und Gesundheitsproblem. Lange sei Lärm in seiner Bedeutung als Umweltproblem unterschätzt worden. Straßenverkehrslärm ist dabei der, unter dem die meisten Mitbürger leiden.

Insbesondere fordert Flasbarth Schutz vor nächtlichem Lärm: Fluglärm, Bahnlärm und Straßenlärm. Er fordert Nachtflugverbote und nächtliche LKW-Fahrverbote, aber man müsse darüber hinaus Mobilität ganz neu denken.

Mobilität in Ballungsräumen müsse sich massiv ändern, zu Fuß Gehen und Radeln, durch den öffentlichen (Nah-) Verkehr unterstützt, bringen vielfältigen Gewinn, für Gesundheit, Soziales, Ressourcen.

Die Stadtplanung muss den Schutz vor Lärm mitdenken.

Im Wandel der Altersstruktur, des Klimas, der Verfügbarkeit von Energie und anderen Ressourcen muss sich Stadt insgesamt verändern.

Münchens Bevölkerung wächst; können wir wirklich all deren Pkws auch noch verkraften? Akustisch, räumlich, verbrauchsmäßig?

Pioniere sind gesucht, die neue städtische Lebensformen erproben.



BG BAU
Berufsgenossenschaft
der Bauwirtschaft

Tag gegen Lärm

www.bgbau.de